67. Jahrgang Nr. 498

Berliner

Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 21. Oktober 1919

Der Untersuchungsausschuß in Tätigkeit.

Die Friedensmöglichkeiten im Kriege. — Die Vernehmung des Grafen Bernstorff.

Im Sitzungssaal 1 des Reichstagsgebäudes trat heute früh um 10¼ Uhr der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Unterausschuß besteht aus folgenden Abgeordneten: dem Abg. Warmuth (Deutschnat.) als Vorsitzenden, dem Abg. Gothein (Dem.) als stellvertretenden Vorsitzenden, dem Abg. Joos (Zentr.) als Schriftführer und dem Abg. Fr. Hirsch (Soz.) als Referenten. Ferner gehören dem Ausschuß an die Abgg. Dr. Cohn (U. Soz.), Frau Pfülf (Soz.) und Dr. Schücking (Dem.). Am Vorstandstische haben weiter noch Platz genommen: Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Quarck (Soz.).

Schon vor 10 Uhr waren der

frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der Vizekanzler a. D. Dr. Helfferich und der Botschafter a. D. Graf Bernstorff

im Saale erschienen. Auch zahlreiche Abgeordnete aller Parteien, u. a. Dr. David (Soz.), Haußmann (Dem.) und Kahl (D. Vp.), hatten sich eingefunden. Für das Publikum standen etwa 75 Plätze zur Verfügung. Für die Presse waren etwa 25 Plätze vorgesehen. Neben den deutschen Zeitungen waren auch die großen ausländischen Blätter vertreten.

Als Sachverständige waren geladen Professor Dr. Bonn, München, Professor Dr. Otto Hoetzsch und Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Um 10¼ Uhr eröffnete der Vorsitzende, Abg. Warmuth, die Sitzung mit folgenden Worten:

„Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Artikels 34 der Verfassung durch Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Seine Aufgabe ist, eine Reihe bestimmter Fragen der Vorgeschichte und der Geschichte des Weltkrieges selbst zur Lösung zu bringen, und zwar Fragen, um die sich vorwiegend das politische Interesse gruppiert. Dem zweiten Untersuchungsausschuß ist dabei die Aufgabe zugefallen, die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu Friedensbesprechungen mit dem Feinde zu besorgen, weiter die Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben bzw., wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind. In erster Reihe hat der Untersuchungsausschuß daher die Vermittlungsaktion Wilsons zur Aufklärung zu bringen.“

Der Vorsitzende richtet darauf eine allgemeine Bitte an die Presse. Sie besteht darin, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung ausüben zu wollen, bis die Beweisaufnahme bei einem jeden Beweispunkt auch voll erschöpft ist. Denn erst dann ist ja ein ausschlaggebendes Urteil möglich. Es sollen alle Urkunden hier zum Vortrag gebracht werden, die ein allgemeines Interesse besitzen, es sollen alle Zeugen vernommen werden. Erst dann, wenn das alles erledigt ist, ist ein festes Bild vorhanden, das der Beurteilung offen steht. Es ist weiter auch zu berücksichtigen, daß der Untersuchungsausschuß

nur Tatsachen feststellt, kein Schuldurteil abgibt.

Ein Urteil zu fällen, sofern sich das Material vielleicht gegen eine bestimmte Persönlichkeit verdichtet hat, wird Sache des Staatsgerichtshofs sein, wenn nämlich das Gesetz, das die Bildung eines solchen vorsieht, auch nach dieser Richtung hin ausgebaut wird. Die Presse hat es stets in Gerichtsverfahren als Ehrensache betrachtet, bis zum Urteil Zurückhaltung der eigenen Meinung zu üben. Hier liegen die Verhältnisse gleich gelagert. Ich hoffe, daß mein Appell bei der Presse Widerhall findet.

Es wird dann in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Als Zeuge ist Exzellenz Graf Bernstorff geladen. Der Vorsitzende bittet ihn, den Verhandlungen beizuwohnen und das Referat mit anzuhören, damit er Gelegenheit erhält, an das eine oder andere anzuknüpfen und zur Aufklärung beizutragen.

Es werden alsdann die Sachverständigen Dr. Hoetzsch, Dr. Bonn und Dr. Schäfer vereidigt.

Abg. Dr. Sinzheimer erstattet alsdann das Referat: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung zunächst die

sogenannte Friedensaktion Wilsons.

Es haben dem Ausschuß sämtliche Geheimakten des Auswärtigen Amts zur Verfügung gestanden, und es war dem Referenten und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Gelegenheit gegeben, sämtliche Akten, soweit sich darauf beziehen, kennenzulernen. Die Akten des Admiralstabs, des Kriegsministeriums und des Generalstabs haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber im späteren Stadium dieser Verhandlungen herangezogen werden.

Das Referat bezieht sich lediglich auf die Akten des Auswärtigen Amts. Zur Einteilung des Stoffes ergibt sich eine Gliederung in vier Perioden. Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zur Sussexnote, die am 4. Mai 1916 an Wilson gerichtet wurde. Die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1916, dem geschichtlichen Tage des deutschen Friedensangebotes, die dritte vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917, an welchem Tage im Hauptquartier zu Pleß der sogenannte rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen wurde. Die Schlußperiode ist anzusetzen bis zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson bzw. dem amerikanischen Botschafter in Berlin Gerard eine Note übergeben wurde betreffend den rücksichtslosen U-Bootkrieges, und an dem sofort der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas uns gegenüber erfolgt ist. Zur ersten Periode ist zu sagen, daß noch den Akten von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein kann. Wohl fanden

theoretische Erörterungen über die Friedensmöglichkeiten

zwischen dem Kaiser und Gerard, der Regierung und Gerard statt. Graf Bernstorff teilte mit, Wilson interessiere sich für den Frieden, und zwischen Vertretern der Regierung und dem Obersten House fanden Besprechungen statt. Ueber diese Besprechungen finden sich nur zwei Aufzeichnungen in den Akten, die eine erfolgte zwischen dem Staatssekretär Solf und House, eine andere zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann und House. Diese Aufzeichnungen lassen eine bestimmte Friedensaktion nicht erkennen, sondern sprechen nur von Erörterungen über die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen.

Die zweite Periode ist weitaus wichtiger. Sie spielt sich ab zwischen dem 4. Mai, dem Tage der Ueberreichung der Sussex-Note, in der gesagt wird, daß der U-Boot-Krieg nur auf den Kreuzerkrieg beschränkt werde, und daß die völkerrechtswidrige Blockade aufgehoben werden müsse, und dem 12. Dezember, dem Tage unseres Friedensangebotes. Es erfolgten inzwischen an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Botschafter angewiesen wird, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. **Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der den Wunsch besonders gehegt hat, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden.** Graf Bernstorff hat seinerseits über die Friedensmöglichkeiten berichtet und darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit, den Frieden zu vermitteln, auch die öffentliche Meinung in Amerika wünsche den Frieden, leider werde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung zu unseren Ungunsten wieder beeinflußt, so durch die Frage der

belgischen Deportation

und die Wirkung des U-Boot-Krieges, solange der Wahlkampf in Amerika nicht erledigt sei, sei an einen energischen Schritt Wilsons nicht zu denken. An der Friedenskonferenz werde Wilson nicht teilnehmen, höchstens an Konferenzen, die mit der Friedenskonferenz in loserer Verbindung ständen.

Am 13. Oktober hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier zu Pleß mit dem Grafen Burian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. **Graf Burian wies darauf hin, daß auf eine militärische Entscheidung des Krieges nicht mehr zu rechnen sei, man müsse irgendwie Friedensverhandlungen herbeiführen.** Damit war Herr v. Bethmann einverstanden, weil er sich schon früher mit diesem Gedanken getragen habe.

Diese Vorberatungen nahmen im Laufe der Zeit konkretere Gestalt an und führten schließlich zu dem Friedensangebot. Anfang Dezember wird dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, eine solche Friedensaktion stehe bevor, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme. Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht spätestens für Neujahr in Aussicht stehe.

Es wird in diesem Zusammenhang namentlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, trotz der von uns angeregten Friedensaktion und trotz der Mitteilungen des Grafen Bernstorff am 12. Dezember, die Friedensaktion durchzuführen zu lassen. Dies wird eine der Hauptsachen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben: in welchem Verhältnis diese Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht.

Die dritte Periode reicht vom 21. Dezember, dem Tage der Ueberreichung des Friedensangebots Wilsons an die kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar, dem Tage der Entschließung zur Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die äußersten Friedensbedingungen mitzuteilen. **Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei offizielle oder inoffizielle Andeutung der konkreten Friedensbedingungen.** Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht, die ich in öffentlicher Sitzung nicht nennen kann, mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe. Dieser Appell werde äußerst ernst zu nehmen sein, und die betreffende Macht hatte guten Grund, zu glauben, daß auch die andere Seite auf diesen Appell eingehen werde, **wenn offen und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wiederhergestellt werde und inbezug auf Belgien eine Wiedergutmachung des Schadens erfolge.** Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt, am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, **nicht** eingehe. Es wird hier namentlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen unseren Friedensabsichten vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben. **Es ist unbedingt notwendig, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Heeresleitung vereinbart waren.** Eine andere Frage ist die, ob etwa zur damaligen Zeit

militärischerseits ein Einfluß ausgeübt

worden ist. Die Akten sagen darüber etwas; doch nur durch Vernehmung der Zeugen läßt die Bedeutung dieser aktenmäßigen Mitteilungen in ein objektives Licht stellen.

Die nächste Periode beginnt mit dem 9. Januar, dem Tage der Entschließung zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. In der Zwischenzeit macht Graf Bernstorff wiederholt den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten, und er pflegt inzwischen wiederholt Unterredungen mit dem Obersten House. Den Schriftwechsel mit dem Grafen Bernstorff hat Staatssekretär Zimmermann geführt. Zunächst gibt er auf die Anregungen keine Antwort, sodann eine **ganz allgemein gehaltene** und am 7. Januar bittet er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen **dilatorisch** zu behandeln. **Darauf wird am 9. Januar der rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen.** Graf Bernstorff wurde wiederholt, der rücksichtslose U-Bootkrieg bedeute den **Bruch mit Amerika**, wie überhaupt auch von anderer Seite der U-Bootkrieg als der Vorgänger des Krieges mit Amerika wiederholt bezeichnet wurde.

Es wird auf die unbeschränkten Hilfsquellen Amerikas hingewiesen, die unerschöpflich seien. Am 26. Januar telegraphierte Bernstorff,

daß Oberst House im ausdrücklichen Auftrage Wilsons uns von neuem die Friedensvermittlungen angeboten habe. Er wolle sich nicht in territoriale Fragen einmischen, wolle unter allen Umständen den Krieg vermeiden und wünsche eine Beendigung des Krieges ohne Sieger und Besiegte.

Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Darauf fand eine Reise Bethmann Hollweg's nach dem Hauptquartier statt. Das Ergebnis war, daß Bethmann an Bernstorff telegraphierte, es sei zu spät, Wilson hätte früher mit einer solchen Aktion kommen sollen, und daß eine Rücknahme des U-Boot-Krieges nicht mehr möglich sei, weil es technisch unausführbar sei. U-Boote, die bereits in See seien, zurückzurufen. Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen. Sie werden dann am 28. Januar dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, der sie zur Kenntnis Wilsons bringen soll. Es heißt nun nicht im Schreiben des Reichskanzlers, die Friedensbedingungen, die er mitteilte, seien die Bedingungen, unter denen er bereit sei, Frieden zu schließen. Sondern es heißt, es seien die Bedingungen, unter denen Deutschland **bereit gewesen wäre**, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Ob also diese Antwort der Bitte Wilsons entspricht, ist eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Am 31. Januar erfolgte die Uebergabe der Note über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg und dann der Abbruch der Beziehungen mit Amerika. Wilson scheute sich offenbar, in den Krieg einzutreten. Darauf deutet die Tatsache hin,

daß er die gleichlautende Erklärung des österreichischen Botschafters in Amerika, verhelmlichte, um den Weg zu Oesterreich offen zu halten.

Ueber die Schweiz ist dann gemeldet worden. Wilson suche weiter den Frieden zu vermitteln und verlange nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges auf Amerika nicht ins Auge fasse oder wieder zurückziehe. Darauf wird erwidert, daß die Durchführung des U-Boot-Krieges die allgemeine Anwendung verlangt. Im März wurde Krieg erklärt, nachdem das mexikanische Telegramm Zimmermann bekannt wurde, das schon im Januar zur Absendung gelangt war.

Damit ist das Referat Sinzheimer beendet und es wird in die Vernehmung des Grafen Bernstorff eingetreten.

Botschafter a. D. Graf Bernstorff:

Wilson hat Anfang August, sofort nach Ausbruch des Krieges, eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der darauf scheiterte, daß die Entente gar nicht geantwortet hat. Wenigstens habe ich nichts davon gehört. Wilson hat im August eine Proklamation an das amerikanische Volk erlassen, in der er die Amerikaner zur Neutralität auffordert, weil eine so erregte Stimmung entstanden war, daß die Privatbeziehungen darunter litten. In dieser Proklamation hat er schon erklärt, daß das amerikanische Volk das einzige Volk wäre, das in der Lage wäre, den Krieg zu beendigen, wenn es dem Streit fernbliebe, und deshalb die einzige Großmacht sei, die genügend Macht und Einfluß habe, um dieses Ziel herbeizuführen. Das ist die Politik Wilsons gewesen. Als das zweite Friedensangebot scheiterte, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuhalten. Er sandte trotzdem Oberst House im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin, wo er im März war. Er sollte die Friedensvermittlung Wilsons vorbereiten. Als er von Berlin zurückkam, sagte er, der Augenblick wäre noch nicht gekommen. **Es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen. Er würde aber später wieder nach Europa gehen, um zu sehen, ob etwas**

Die „Befreier“ Rußlands.

Die Aufteilung des Bärenfelles.

Versailles, 20. Oktober.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington berichtet vom 13. Oktober, die Nachrichten aus Rußland, die die amerikanische Regierung erhalten habe, besagten, daß der Sturz des Bolschewismus bevorstehe. In einem Teil der öffentlichen Meinung zeige sich eine gewisse Beunruhigung. Im Senat sei gesagt worden, England und Frankreich wollten das europäische Rußland und Japan solle Sibirien beherrschen.

Helsingfors, 20. Oktober. (Reuter.)

Heute morgen wehte noch die rote Fahne über Kronstadt. Die Batterien von Krasnaja Gorka haben die Nacht hindurch gefeuert.

Umzug der Sowjetregierung?

Haag, 21. Oktober.

Die „Times“ berichten aus Omsk: Nach Mitteilungen aus Jekaterinburg lassen sich dort bolschewistische Kommissare nieder, die die Uebersiedlung der Sowjetregierung nach Jekaterinburg vorbereiten.

Neuer Kurs in Amerika?

Lansing leitet das Auswärtige Amt.

Amsterdam, 20. Oktober.

Der Washingtoner Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß Staatssekretär Lansing die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat. Wie verlautet, ist Lansing gegen alle auf die Besetzung der Türkei oder auf sonstiges Hineinziehen der Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen gerichteten Pläne und tritt für splendid isolation ein.